



Konsultation zur Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburg -
Online-Konsultation & Dialogveranstaltung

Auswertung des Handlungsschwerpunkts
II. „Lebenswerte Dörfer und Städte“

Berlin, 23. Dezember 2013

Inhaltsverzeichnis

Handlungsschwerpunkt II: Lebenswerte Dörfer und Städte	2
Übersicht Kommentare	2
1. Ausgangssituation	3
2. Handlungsbedarf	5
3. Leitbilder	9
4. Handlungsfelder	10
4.1 Handlungsfeld 1: Mobilität	12
4.1.1 Ziele	12
4.1.2 Maßnahmen.....	13
4.2 Handlungsfeld 2: Siedlungswasserwirtschaft	16
4.2.1 Ziele	16
4.2.2 Maßnahmen.....	16
4.3 Handlungsfeld 3: Gesundheitliche Versorgung	18
4.3.1 Ziele	18
4.3.2 Maßnahmen.....	19
4.4 Handlungsfeld 4: Sozialer Zusammenhalt	25
4.4.1 Ziele	25
4.4.2 Maßnahmen.....	26

Handlungsschwerpunkt II: Lebenswerte Dörfer und Städte

Die nachfolgenden Seiten zeigen die innerhalb des Beteiligungsprozesses zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg geäußerten Hinweise und Kommentare zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie (LNHS). Die Kommentare sind sowohl im Rahmen einer Online-Beteiligung Ende 2013 (gekennzeichnet durch ein „OK“ inklusive nachfolgender Referenznummer) sowie einer Dialogveranstaltung in Potsdam am 6. Dezember 2013 (gekennzeichnet mit einem „DV“ inklusive nachfolgender Referenznummer) eingegangen.

Übersicht Kommentare

Der Umgang mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel im ländlichen Raum Kern der Kommentare zum Handlungsschwerpunkt. Als Grundvoraussetzung wird der Perspektivwechsel zur Bedürfnisorientierung gesehen, denn nur sie ermögliche standortspezifische Lösungsansätze. Vorschläge für Lösungsansätze sind u.a. innovative Mobilitätskonzepte, die Etablierung des Gemeindegewerkschaftskonzepts, die Konzentration von medizinischen Versorgungszentren, die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements oder die Wiederbelebung von Ortszentren als der zentrale Raum für gesellschaftliches Leben. Dabei wird eine für alle Einkommensschichten bezahlbare Daseinsvorsorge als wichtige Voraussetzung angesehen. Neben den vielfältigen Herausforderungen im ländlichen Raum wird angemerkt, dass sich die LNHS auch die berlinnahen Räume konzentrieren sollte. Grundsätzlich wird ein Handlungsfeld zur Landwirtschaft vermisst.

1. Ausgangssituation

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-156	v.Bothmer, Karl-Heinrich	Geschäftsstelle Nachhaltigkeit sbeirat	An mehreren Stellen des Kapitels findet sich der Begriff „bezahlbar“. Der NHB befürchtet, dass eine so vage Formulierung, den Blick auf die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit aller Bevölkerungsgruppen versperrt; was für die einen noch bezahlbar ist, das heißt, dass sie es sich leisten können, stellt für andere einen nicht leistbaren Luxus dar.
OK-129	Fierment, Gerold	Brandenburg 21 e.V./AG Nachhaltigkeit/Brandenbg. Werkstatt LA 21	An dieser Stelle sollten auch die berlinnahen Räume (hier lebt ein großer Anteil der Brandenburger) angesprochen werden, auch wenn - sachlich begründet – die ländlichen Räume aufgrund der besonderen Problematik den Schwerpunkt von Abschnitt II bilden. Leitbilder und Maßnahmen in den anderen Kapiteln der Strategie betreffen ja in großen Teilen auch den engeren Verflechtungsraum. und seine Nachhaltigkeitsprobleme. Darauf könnte hier hingewiesen werden.
OK-147	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeit sbeirat	Der NHB begrüßt, dass sich seine Empfehlungen in dem Entwurf weitgehend wiederfinden. Dies trifft jedoch nicht für die vorgeschlagenen Analyseschritte zu. Unter der Überschrift „Prozesshaft: hatte der NHB angeregt; „zu Beginn dieses Prozesses Analysen über heutige und zukünftige Defizite und Bedarfe [...] zu erstellen und mit den Betroffenen zu diskutieren. Ziel dieser Analysen sollte es sein, dem für erforderlich erachteten Paradigmenwechsel „von Infrastrukturen zu Bedürfnissen“ eine verlässliche Grundlage zu liefern. [Teil 1] Gleiches gilt für den vom NHB vorgeschlagenen Stresstest, bei dem im Vordergrund stehen sollte, die Veränderung des Mobilitätssystems unter plausiblen Annahmen zu untersuchen. [Teil 2]
OK-148	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeit sbeirat	Aus Sicht des NHB geht es nicht darum „tragfähige“ Infrastrukturen herzustellen und zu erhalten, im Fokus müssen die Bedürfnisse der Menschen stehen. Infrastrukturen sollen der Bedürfnisbefriedigung dienen.
OK-245	Plarre, Waltraud	Bürger	Gleichwertige Lebensverhältnisse in den Dörfern und Städten schaffen setzt voraus, dass junge Familien sich in den ruhigen dörflichen Gegenden ansiedeln und trotzdem ihren Job in den Städten ausüben können durch Verbesserung der Frequenz der "Zubringer" - öffentliche Verkehrsmittel. Die Ansiedelung junger Familien in ländlicher Gegend folgt meist dem Wunsch nach Naturnähe und dörflichem Lebensstil. Durch den überdimensionierten Ausbau Erneuerbarer Energien - vor allem der Windenergie- sind viele Dörfer regelrecht zu Industriestandorten geworden, das und der Verlust von Erholungswäldern treibt sie wieder in

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			<p>die Städte zurück.</p> <p>Die dörflichen Gemeinschaften sind vielerorts infolge extrem unterschiedlicher Interessenlagen beim Ausbau der erneuerbaren Energien stark zerrüttet.</p>
OK-979	Cornelia Behm		<p>Um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes zu schaffen, ist es notwendig seitens der Politik ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Bildungsangebot in ländlichen Räumen zu sichern, eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung und Pflege zu gewährleisten, der Regionalwirtschaft das Rückgrat zu stärken, die regionale Produktion und Vermarktung zu stärken, die Standortattraktivität der ländlichen Räume zu sichern, die kulturelle Produktivität und insbesondere Jugendkulturen zu stärken, die Verkehrsplanung den realen Ansprüchen anzupassen, die finanzielle Abwärtsspirale der Kommunen zu stoppen und bei der Vergabe von Fördermitteln die Verantwortung stärker auf die regionalen Akteure zu übertragen</p>
OK-980	Cornelia Behm		<p>Der ländliche Raum ist auch in Brandenburg nicht per se Problemregion. Im Gegenteil: Durch seine Naturausstattung, die Verfügbarkeit von Fläche, das Vorhandensein von kulturellen Traditionen und die Möglichkeit der Entwicklung und Erprobung von neuen Technologien hat er unerschöpfliche Potenziale für eine erfolgreiche zukünftige Entwicklung. Aber er bedarf der Unterstützung bei der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, von technischer und sozialer Infrastruktur.</p>

2. Handlungsbedarf

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-208	Dr. Schönfelder, Wolfgang	BBU, LGSP	<p>1. Der Begriff ist ein politischer Kampfbegriff, der nicht definiert ist, aber von jedem genutzt wird. Was für den Einzelnen als bezahlbar wahrgenommen wird, liegt in seinem subjektiven Empfinden. [Teil 1]</p> <p>2. Die real eintretenden Tatsachen müssen benannt und nicht beschönigt werden. So werden beispielsweise mittelfristig Dörfer brach fallen. Für wenige Einwohner können weder die Trinkwasserversorgung noch gesundheitliche Betreuung aufrecht gehalten werden. [Teil 2]</p> <p>Was für den Stadtumbau in den Städten gilt, Konzentration, Abriss muss auch in der Fläche gelten.</p>
OK-130	Fierment, Gerold	Brandenburg 21 e.V./AG Nachhaltigkeit/Brandenbg. Werkstatt LA 21	<p>Lebensqualität, Zeile 2:</p> <p>Es wird die „zunehmende Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte“ als Rahmenbedingung erwähnt, aber bei den Maßnahmen diese Entwicklung nicht als veränderungsnotwendig angemahnt.</p> <p>Angesichts der unterschiedlichen Besteuerung von abhängig Beschäftigten und größeren Vermögen ist das bei politischem Willen durchaus veränderbar und wäre im Sinne von (gesellschaftlicher) Nachhaltigkeit.</p>
OK-149	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeit sbeirat	<p>Unter der Überschrift Zielkonflikte wird der ggf. für die Beteiligten erhöhte Abstimmungsbedarf bei regional angepassten Lösungen statt überregional gültigen Vorschriften genannt; dies stellt nach Auffassung des NHB per se keinen Zielkonflikt dar.</p> <p>Auch stellt die Konkurrenz (welche?) der Gebietskörperschaften um Einwohner und Unternehmen aus Sicht des NHB keinen Zielkonflikt dar.</p>
OK-150	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeit sbeirat	<p>Der NHB würde es begrüßen, wenn an dieser Stelle noch einmal klar der Paradigmenwechsel von Strukturen zu Bedürfnissen unterstrichen würde. Die Formulierung sollte da-her heißen: „Nötig sind innovative, nachhaltige Mobilitätsmanagementsysteme, die geeignet sind, in allen Teilen Brandenburgs langfristig Bedürfnisse der Menschen an Mobilität zu sichern.“</p>
OK-244	Hofmann, Paul		<p>Meines Erachtens besteht erheblicher Handlungsbedarf in der Neustrukturierung öffentlicher Flächen in Städten und Dörfern. Hier kann die Landesregierung viel von Vorreitern wie dem Konzept "Essbare Stadt - Andernach" und Grasswurzelpunkten wie der TransitionTown Bewegung lernen: Öffentlicher Raum wird lebenswert und</p>

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			nachhaltig, wenn AnwohnerInnen dazu ermutigt werden diesen selbst zu gestalten und sich im Prozess kennenzulernen und gemeinsame Visionen zu entwickeln, statt nur passive Nutzer von vom Grünamt lieblos gepflegter Flächen zu sein. So können z.B. zu Gemeinschaftsgärten auf Zwischennutzungsflächen entstehen; Orten der Begegnung, des Lernens und gemeinsamer schöpferischer Tätigkeit. Das Bedeutet aktive Nachhaltigkeit von unten und erfordert u.a. eine neue Liegenschaftspolitik.
OK-511	Land Brandenburg e.V., Frauenpolitischer Rat	Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.	Zum Thema gesundheitliche Versorgung: Es muss in Zeile 6 heißen mündige Bürger/innen. [Teil 1] Außerdem ist hier zu beachten, dass die Betreuung und Pflege der wachsenden Zahl älterer Menschen geschlechtsspezifisch sehr ungleich verteilt ist. Care-Arbeit lastet mehrheitlich auf Frauen. [Teil 2]
OK-369	Haferkorn, Katja		Ein großer Handlungsbedarf liegt bei den Kommunen, die ihren Bürgern am nächsten sind. Bürger sollten sich beteiligen und auch selbst einbringen können. Eventuell wäre es an der einen oder anderen Stelle sinnvoll, Wege zu finden, die im bisherigen Denken nicht möglich waren. Wie oft schlägt sich der ideenbehaftete Bürger mit "geht nicht" und "nicht zuständig" herum. Man müsste das Ehrenamt finanziell stärken und für den Bürger sollte es sich lohnen mitzuwirken. Wie viele Menschen fassen Ihre guten Ideen nicht an und versuchen sie umzusetzen, weil zu viel Widerstände da sind und die finanziellen Ressourcen oder die zeitlichen Ressourcen nicht ausreichen. Die Koordinierung sollte gewährleistet sein.
OK-348	Hinse, Katharina	VCD Brandenburg	Gerade im Bereich nachhaltige Mobilität greift der Ansatz, Infrastruktur nur als „Bedürfnisbefriedigung“ zu sehen, zu kurz. Auch die Bedürfnisse der potenziellen Zuzügler beispielsweise nach guten Bus- und Bahnanbindungen muss berücksichtigt werden. Das ist gerade auch für die wirtschaftliche Entwicklung abgelegener Regionen von großer Bedeutung.
OK-964	Sonja Viebahn		Kommentar auf Kommentar OK-348 Die Mobilitätsprobleme müssen regional gelöst werden, nur so können tragfähige Konzepte, die den Bedürfnissen der Landbevölkerung gerecht werden, entwickelt werden. Auch hier sollte Brandenburg über den Tellerrand hinaus schauen und sich Anregungen für praktikable, kostengünstige und nachhaltige Lösungen in anderen Ländern z.B. der Schweiz holen.

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-446	Gierke, Doreen	ANU Brandenburg e.V.	Der Stellenwert der Biologischen Vielfalt, als unsere wichtigste Lebensgrundlage, kommt mir hier etwas zu kurz. Ggf. mach es Sinn einen Verweis zum brandenburgischen Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt zu machen.
OK-321	Schwabe, Gabriele	LA 21Frankfurt(O)	Gesundheitliche Versorgung- Bitte um Ergänzung: ...kompetente Entscheidungen... Landesregierung unterstützt und fördert die Selbsthilfe als bewährtes Gremium der Selbstorganisation " von Patienten- für Patienten"
OK-969	Sonja Viebahn		<p>Kommentar auf Kommentar OK-321</p> <p>Die ärztliche Versorgung ist natürlich in einem Flächenland wie Brandenburg kompliziert. Durch die langen Wege werden die Ärzte oft überfordert, vor allem wenn sie noch eine Praxis haben. In diesen Fällen könnte es helfen, das altbewährte Konzept der Gemeindeschwester wiederzubeleben. Mit einer guten medizinischen Ausbildung können Gemeindeschwestern bei kleineren gesundheitlichen Problemen, wo nicht unbedingt ein Arzt zu konsultieren notwendig ist, helfen und ansonsten für schnellstmögliche ärztliche Hilfe sorgen. Sie kann auch kleine Pflegearbeiten wie z.B. Verbandswechsel u.ä. übernehmen, so daß ältere Dorfbewohner nicht den weiten Weg zur nächsten Arztpraxis auf sich nehmen müssen.</p>
OK-375	Kottnik, Sarah	Aktionsbündni s Agrarwende Berlin- Brandenburg	Wieso fehlt auch hier das Thema Landwirtschaft? Wie soll eine gedeihliche Zukunft auf dem Lande gesichert sein, wenn angesichts der explodierenden Preise für Agrarland kleinere bäuerliche und lebensmittelverarbeitende Betriebe vertrieben werden? Fast die Hälfte der Fläche Brandenburgs wird landwirtschaftlich genutzt, jedoch nur 16 200 Menschen finden hier eine dauerhafte Beschäftigung (dies entspricht einem Anteil von 0,66 % der Bevölkerung Brandenburgs). Mit den vielfältigen, bäuerlichen Betrieben gehen lebendige Dörfer, mit Perspektiven für Jung und Alt verloren. Die Subventionen für die Landwirtschaft werden zum Nachteil der bäuerlichen Landwirtschaft verteilt. Wenige Agrar- und Großhandelskonzerne diktieren die Märkte und Preise. Diese Politik ist nicht nachhaltig.
OK-363	Sonja Viebahn		<p>Kommentar auf Kommentar OK-375</p> <p>Hier kann ich nur Frau Kottnik zustimmen. Das Thema Landwirtschaft wird in der Nachhaltigkeitsstrategie vollkommen außen vor gelassen.</p> <p>Die landwirtschaftlichen Flächen müssen in der Hand kleiner und mittlerer Bauern bleiben, denn nur so kehrt wieder Leben in die Dörfer zurück. Der Boden darf nicht weiter an große Firmen verkauft werden, die nichts mit Landwirtschaft zu tun haben, sondern die Flächen nur als Spekulationsobjekt als sichere</p>

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			<p>Geldanlage nutzen und verpachten. Kleine Bauern mit ihren Familien werden vertrieben, so kann kein neues, junges Leben in den Dörfern einziehen.</p> <p>Das sogenannte Landgrabbing ist ein großes Problem für die nachhaltige Entwicklung von Dörfern bei uns in Brandenburg.</p>
OK-383	Wend, Christian	Brandenburg 21 e.V.	<p>Zur Daseinsvorsorge und Bürgerbeteiligung ,neue Rolle von Politik und Verwaltung : die Ziele und Wünsche sind auch hier wunderbar:</p> <p>Übernahme von kommunalen Aufgaben durch die BürgerInnen, die Verwaltung als Ermöglicher und Helfer von Bürgerengagement ,</p> <p>innovative Organisationsstrukturen jenseits eingefahrener Routinen ja , das ist Weihnachten - aber ist sowas in Brandenburg möglich ??? wie soll es dazu kommen ?`?? dazu sollte ein Hauch von Andeutung gemacht werden - sonst bleibt es Wunschdenken</p>
OK-934	Svenja Schünemann		<p>Es wäre schön, wenn der Absatz zum Naturkapital weiter konkretisiert würde und sich nachfolgend in Bezug auf Dörfer und Städte nicht nur auf das Thema Wasser beschränken würde. Die Aussage, dass das heutige Mobilitätsmuster nicht mehr tragfähig ist, sollte näher erläutert werden.</p>
OK-962	Sonja Viebahn		<p>Der Naturschutz ist in der Nachhaltigkeitsstrategie eindeutig zu wenig diskutiert worden und hat keine eigenen Schwerpunkte. Natur ist nicht nur schützenswert, weil sie wichtige Ökosystemdienstleistung erbringt sondern weil sie unsere Lebensgrundlage ist, unsere Heimat. Zu den regenerativen Energien habe ich schon an anderer Stelle etwas beigetragen. Leider ist es immer noch so, dass große landwirtschaftliche Betriebe viel Geld durch den Verkauf bzw. die Verpachtung ihrer Flächen an Betreiber von Windkraftanlagen verdienen. Durch ein an den regionalen Energiebedarf angepasstes Konzept für solche Anlagen ließen sich diese gigantischen Windparks auf freiem Feld vermeiden.</p>

3. Leitbilder

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-163	Rumpke, Dr., Christian A.	Verbraucherze ntrale Brandenburg e.V.	Am Ende des vorletzten Absatzes zur hochwertigen Gesundheitsversorgung sollte als Akteur noch ergänzt werden: "Unabhängige Patientenberatung UPD"
OK-171	Piek, Marion	Brandenburg 21 e.V.	Ich schlage vor, das Leitbild "Ländlicher Raum - Arbeitsort der Zukunft" zu entwickeln. Natürlich zielen verschiedene Punkte der Strategie sowohl auf städtische als auch ländliche Milieus - aber gerade dem ländlichen, berlinfernen Raum mangelt es an (gut) bezahlter Arbeit. Der Bezug von HARTZ IV ist keine Perspektive. Der Trend des Wegzugs junger Leute ist ungebrochen und ihnen nicht zu verdenken. Zur Bildung von Arbeit und Einkommen im ländliche Raum genügt es kaum, diesen als Natur - und Tourismusoase zu betrachten, die unstrittig noch immer Potenzial zur Schaffung von Einkommen haben. Gerade im Zusammenhang mit der Strukturfondsreform sollten hier neue Zeichen gesetzt werden. Ob der Wegfall des ESF-finanzierten Regionalbudgets da die richtigen Zeichen setzt ist fraglich.
OK-370	Haferkorn, Katja		Die neue Rolle für Verwaltung und Politik sollte den Akteuren von Verwaltung und Politik auch klar sein oder klar werden können. Oft stehen Konkurrenzen dem Gemeinwohl im Weg.
OK-458	Hofielen, Gerd	Humanistic Management Center	Ein interessanter Ansatz, die Entwicklung von Gemeinden in Brandenburg nachhaltig zu gestalten, könnten sogenannte Gemeinwohl-Gemeinden sein, die die Gemeinwohlökonomie vorschlägt. Dabei erstellen die Gemeinden Gemeinwohlbilanzen für ihre Kernverwaltung und ihre kommunalen Unternehmen, fördern die Erstellung solcher Bilanzen in privaten Unternehmen, fördert die Etablierung sogenannter Wirtschaftskonvente zur demokratischen Gestaltung der Wirtschaftsordnung und unterstützen kommunale Bürgerparlamente zur Erstellung eines kommunalen Lebensqualitätsindex. In Österreich und Bayern gibt es bereits entsprechende Initiativen.
OK-491	Aust, Jan- Hendrik	Landesarbeits gemeinschaft der Industrie- und Handelskamm ern des Landes Brandenburg	Der Ansatz einer bedürfnisorientierten Infrastrukturplanung birgt die Gefahr der Bevormundung, da Bedürfnisse individuell und daher schwer mess- und verallgemeinerbar sind. Darüber hinaus stimmen die IHKs zu, dass solche Planungen entsprechend der demografischen Entwicklung angepasst werden sollten. Hierbei sollte jedoch auch berücksichtigt werden, dass in gegenwärtig schrumpfenden Kommunen zwar Überkapazitäten abgebaut werden sollten, aber dieser Rückbau nicht in eine Abwärtsspirale der Standorte mündet, sondern offen bleibt für eine künftige wirtschaftliche Entwicklung. Nur Infrastrukturangebote können letztlich positive Standortentscheidungen auslösen. Hier gilt es, verstärkt modulare und flexible Lösungen zu entwickeln.

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK 951	Svenja Schünemann		Das Leitbild Nachhaltige Mobilität bleibt in der Beschreibung sehr unkonkret. Was wird unter den genannten nachhaltigen Mobilitätsmanagementsystemen genau verstanden? Unter Ziele und Maßnahmen werden diese Punkte zwar näher erläutert, doch sollte man auch schon beim Lesen des Unterkapitels Leitbilder eine ungefähre Vorstellung davon bekommen, was gemeint ist.
OK-977	Andreas Ziemer		Das Leitbild "Bewahrung der Identität unserer Region" sollte mit aufgenommen werden. Die Gestaltung von Grünanlagen in den Städten und Gemeinden impliziert häufig sowohl einen Verfremdungsprozess als auch einen Uniformierungsprozess, die durch die Verwendung eines kleinen Portfolios von nicht einheimischen Pflanzen gekennzeichnet sind. Die Verwendung von autochthonen Pflanzen ist im öffentlichen und im privaten Bereich vorzuschreiben (oder wenigsten zu empfehlen). Unsere Region liefert dafür ein breites Spektrum an Arten. Von Planern und Landschaftsarchitekten werden oft schwierige Standortbedingungen als Grund für die Verwendung von nicht einheimischen Pflanzen genannt. In den meisten mir bekannten Fällen ist dies nicht zutreffend.
OK-978	Andreas Ziemer		Ein Negativbeispiel zum Thema "Bewahrung der Identität unserer Region" ist der Uferpark in der Hammerstraße in Brandenburg an der Havel. Auf die Verwendung von standortgerechten und einheimischen Pflanzenarten wurde verzichtet. Desweiteren wurde der Wurzelbereich von Neupflanzungen mit einem Metallmantel umhüllt und mit Steinen bedeckt. Die so entstandenen schlechten Standortbedingungen verhinderten bisher ein Wachstum der Bäume. Für ihre destruktive Kreativität wurden die verantwortlichen Planer mit einem Architekturpreis ausgezeichnet. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die Qualifikation und ein Nachweis darüber sowohl auf der Seite der Entscheidern als auch auf der Seite der Planer ist.

4. Handlungsfelder

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-221	Meyer, Thomas		Die Sicherung ökologisch wertvoller Flächen (für den Naturschutz) hat hier nichts zu suchen. Dieser segregative Ansatz ist nämlich kontraproduktiv, er klammert nämlich Flächen aus, auf denen alle anderen "nachhaltigen Entwicklungen" nicht mehr stattfinden können. Stattdessen sind ganzheitliche Lösungen gefragt, also ökologisch ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft.
OK-360	Ebeling, Rainer		<p>KOMMENTAR auf KOMMENTAR OK-221</p> <p>Nun, ich denke schon das es mit dazu gehören sollte, denn so wie es darstellen könnte ja dann jede ökologisch wertvolle Fläche für ökologische Land- und Forstwirtschaft genutzt werden. Und zur Lebensqualität gehört auch sich an der Natur zu erfreuen, außerdem sind solche Flächen wichtig, um die biologische Vielfalt zu erhalten.</p> <p>Man könnte den Absatz ergänzen mit: inklusive ökologisch ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft</p>
OK-361	Ebeling, Rainer		schnelles Internet hat einen hohen Stellenwert, wobei schnell zu definieren ist. Es nützt nichts wenn einige 50Mbit/s zur Verfügung steht und anderen nicht mal 1 Mbit/s.
OK-368	Lorenz, Wolfgang	Kreisverwaltung	Dieser Punkt vermittelt den Eindruck, als ob es in der Nichthauptstadtregion nur um schnelle Internetverbindungen, um Lebensräume für Wildtiere, touristische Angebote und die Organisation der Pflege Älterer geht. Richtig ist, dass der mit einem Rückgang der Bevölkerung und einer verstärkten Abwanderung junger Menschen verbundene Strukturwandel in der Nichthauptstadtregion besonders stark ausfallen wird. Richtig ist m.E. aber auch, dass sich der energetische Strukturwandel gerade auf diese Region besonders intensiv auswirken wird. Beide strukturellen Veränderungen sind mit der Entwicklung der Hauptstadtregion nicht zu vergleichen und bedürfen einer ganzheitlichen Betrachtung, wenn man in dieser Region neue und nachhaltig funktionierende Strukturen entstehen lassen möchte.

4.1 Handlungsfeld 1: Mobilität

4.1.1 Ziele

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-155	v.Bothmer, Karl-Heinrich	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitssbeirat	Aus Sicht des NHB geht es bei den sozialen, ökonomischen, ökologischen und Nachhaltigkeitsaspekten der Beteiligung keinesfalls nur um die Minderung der Kosten einer gesellschaftlichen Spaltung. Das Sozialstaatsziel fokussiert nicht auf Kosten sondern rückt die gesamtstaatliche Verantwortung für das Individuum und die Entfaltung seiner Persönlichkeitsrechte in den Vordergrund.
OK-209	Dr. Schönfelder, wolfgang	BBU, LGSP	Dazu müssen vor allem gesetzliche Regelungen angepasst und Bürokratie abgebaut werden. Konnektive Mobilität z.B. scheitert häufig an Bürokratie und falschem Konkurrenzdenken.
OK-355	Piek, Marion	Brandenburg 21 e.V.	Zum 2. Satz "Ziele": Bitte den Begriff "Beschäftigungsangebote" streichen und beispielsweise durch "Arbeitsplätze" ersetzen, sonst entsteht eine merkwürdige begriffliche Vermengung mit den nachfolgend genannten Dienstleistungen/Infrastrukturen.
OK-513	Land Brandenburg e.V., Frauenpolitischer Rat	Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.	Konnektive Mobilität, Zeile 2: Geschlechtergerechte Sprache fehlt: Kund/innen
OK-512	Land Brandenburg e.V., Frauenpolitischer Rat	Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.	Neue Anforderungen an die Planung, Zeile 6: Geschlechtergerechte Sprache fehlt: Betreiber/innen, Nutzer/innen...
OK-447	bzdak, gerd		"Mobilität" wird im ländlichen Raum eine umfangreichere Bedeutung haben als bisher. Es beginnt mit der Erhaltung der bestehenden Haltepunkte und Bahnhöfe, der Schaffung von Möglichkeiten der Erreichbarkeit der Arztpraxen mittels Kleinstbussen o.ä. bis hin zur Tatsache, dass Privatfahrzeuge von Lenkern betrieben werden, die das 80igste, ja auch 90igste Lebensjahr überschritten haben.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-201	Tisch 5		Die Bürger können sehr viel selber tun, um die Lebensqualität in ihrem Ort zu verbessern. Es gibt unzählige gute Beispiele, die an vielen Stellen bekannt gemacht werden. Die Informationsangebote bestehen. Vor Ort müssen diese z.T. noch besser genutzt werden.
DV-202	Tisch 5		Bei den Anforderungen an Mobilität müssen die Bedürfnisse der jungen Menschen gesondert berücksichtigt werden. Jugendliche brauchen eine Alternative, um selbstbestimmt mobil zu sein. Dann ist die Chance größer, dass sie sich mit ihrem Ort identifizieren.
DV-203	Tisch 5		Ansprüche und Vorgaben an die Mobilität sollten auf dem Land andere sein als in der Stadt. Es sollte mehr Spielraum bei Vorgaben geben, weil diese auf die Situation auf dem Land z.T. nicht passen. Beispiel: Vorgabe für die Zeit bis der Notarzt da ist.
DV-204	Tisch 5		Auch Emissionsarmut und Lärmreduzierung sollen Ziele bei der Gestaltung von Mobilität sein.
DV-205	Tisch 5		Der Gleichwertigkeitsgrundsatz erzeugt Probleme, da die Situation auf dem Land je nach Region sehr unterschiedlich sein kann. Die Kommunen sollen Freiräume haben, zu entscheiden, was für sie notwendig ist.

4.1.2 Maßnahmen

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-243	Bär, Tina		Die Maßnahmen sind sehr konkret und verständlich, was schön ist. Das sollte auch in den anderen Bereichen stärker durchgehalten werden.
OK-514	Land Brandenburg e.V., Frauenpolitischer Rat	Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.	Geschlechtergerechte Sprache: Mobilitätskund/innen, Nutzer/innen und Betreiber/innen (wahlweise auch mit Binnen-I, Unterstrich oder Asterisk).

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-349	Hinse, Katharina	VCD Brandenburg	Es sind gute Ansätze dabei. Alternative Bedienformen sind grundsätzlich zu begrüßen. Sie sollten allerdings nicht langfristig die „klassische Verkehrswegeplanung“ ersetzen. Dazu muss weiterhin sichergestellt werden, dass alle Regionen gut an das ÖPNV-Netz angebunden sind. Nachfrage und Angebot bedingen sich gegenseitig, gerade beim ÖPNV. Je attraktiver nachhaltige Verkehrsmittel werden, desto höher sollte auch die Nachfrage sein.
OK-549	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost -Handlungsfeld „Mobilität“: Wie schwierig die Weiterentwicklung des ÖPNV in diesem Kontext ist, zeigt sich an der mangelnden Nachfrage für den Patientenbus im Landkreis MOL. Auf Grund dieser Problemgestaltung stellt sich die AOK Nordost die Frage, was mit der Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse von Mobilitätskunden gemeint ist. Dieser Punkt ist noch genauer zu spezifizieren.
OK-550	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost -Handlungsfeld „Mobilität“ Teil 2: Weiter werden unter Anpassungsstrategien u. a. Carsharing und weitere Teilaktionen aufgeführt. Nach Einschätzung der AOK Nordost funktioniert das Carsharing lediglich in Ballungsgebieten bzw. ist für Anbieter wirtschaftlich darstellbar. Somit erscheint es zweifelhaft, ob dies eine Lösung für den ländlichen Bereich sein kann. Beim letzten Punkt – Verstetigung von Beteiligungsprozessen – stellt sich wie bereits oben dargestellt die Frage, ob damit das Ehrenamt und damit einhergehend die Leistungserbringung durch bestimmte (wohlhabende) Bevölkerungsgruppen zum Selbstkostentarif gemeint ist.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-206	Tisch 5		Infrastrukturmaßnahmen müssen zu Ende gedacht werden, d.h. Mobilitätsketten müssen neu durchdacht und die Schnittstellen optimiert werden (Umsteigeoptionen, Fahrradparkplätze, Wartehallen, etc.). Bei den Mobilitätsketten besteht insbesondere für Zug und Fahrräder Handlungsbedarf. Zielgruppenorientierte Jahrestickets (z.B. für Schülerausflüge) wären sehr wünschenswert. Die Erschließung von Ausflugszielen mit dem ÖPNV sollte nachhaltiger und effizienter gestaltet werden.
DV-207	Tisch 5		Ein Ziel ist, dass die Waren-Mobilität durch eine regionalere Versorgungsstruktur reduziert wird. Hier könnten Portale gefördert werden, die die Angebote bekannter und leichter zugänglich machen.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-208	Tisch 5		Der Aspekt der Nachbarschaftshilfe soll stärker hervorgehoben werden. Beispiele sind selbstorganisierte Mitfahrmöglichkeiten, Einkaufen für andere und die gemeinsame Fahrt zum Arzt. Hier könnten internetgestützte Portale die Organisation erleichtern.
DV-209	Tisch 5		Sinnvoll ist die Bündelung von Dienstleistungen (Ärzte, Physiotherapeuten, Ämter) an einem Ort, um Wege effizienter zu gestalten.
DV-210	Tisch 5		Bedarfsanalysen für Mobilitätsprobleme sind ein wichtiges Instrument, bevor Maßnahmen ergriffen werden. Dabei sollten auch Bewegungsströme, Altersstruktur, etc. berücksichtigt werden.
DV-211	Tisch 5		Mobilitätsbildung wäre ein wichtiger Stellhebel. Kinder und Jugendliche sollen frühzeitig lernen, dass es Alternativen zum Auto gibt.
DV-212	Tisch 5		Bei Maßnahmen sind oft Verwaltungs- und Ressortgrenzen große Hindernisse. Lösungen bei der Infrastruktur sollen nicht an Verwaltungs- und Ressortgrenzen scheitern.
DV-213	Tisch 5		Attraktivität des ländlichen Raums für junge Menschen steigern: Man kann günstige Kredite anbieten, um Land kaufen zu können. Ideal ist es, wenn Immobilien (z.B. Gehöfte) so angepasst werden, dass mehrere Generationen zusammen leben können.
DV-214	Tisch 5		Kombi-Busse sind eine sehr effiziente Maßnahme, um den Personenverkehr mit dem Transport von Gütern zu kombinieren. Dies sollte gefördert und die Rahmenbedingungen dafür erleichtert werden.
DV-215	Tisch 5		Das Angebot von Disco-Bussen ist eine gute Einrichtung für die Lebensqualität der Jugendlichen.
DV-216	Tisch 5		Angebote wie Sammeltaxis sind sehr sinnvoll und leicht zu realisieren.
DV-217	Tisch 5		Modellprojekt in Brandenburg: App als Mitfahrbörse für eine Kommune
DV-218	Tisch 5		Es ist wichtig, die Mobilitätsbedürfnisse der verschiedenen Zielbedürfnisse gesondert zu berücksichtigen (Ältere, Kinder, etc.). Auch Fußgängerwege und fußläufige Entfernungen sollen gezielt in den Blick genommen werden.
DV-219	Tisch 5		Es sollte ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Mobilität sich nicht nur auf das Ankommen bezieht, sondern auch der Weg wichtig ist. Dadurch wird die Gemeinschaft gestärkt, es wird eine Identität für den Ort entwickelt und entschleunigt.

4.2 Handlungsfeld 2: Siedlungswasserwirtschaft

4.2.1 Ziele

[Bei der Dialogveranstaltung wurden Ziele und Maßnahmen gemeinsam diskutiert; siehe unter Maßnahmen]

4.2.2 Maßnahmen

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-210	Dr. Schönfelder, wolfgang	BBU, LGSP	Da kommunale Monopole vorliegen und somit Wettbewerb ausgeschlossen ist, muss durch Preisvergleiche mehr Transparenz geschaffen werden. Wenn in den Städten durch den Abriss von über 50.000 Wohnungen erhebliches Vermögen der Wohnungsunternehmen vernichtet wurde, ohne dass die Mieten steigen, muss das in diesem Bereich auch ermöglicht werden. Dazu müssen dezentrale Lösungen auf biologischer Basis unterstützt und nicht behindert werden.
OK-242	Bär, Tina		Die Maßnahmen lesen sich im Vergleich zu denen im Kapitel Mobilität sehr vage und verklausuliert. Das ist schade. Analog zum Bereich Mobilität sollte die Beteiligung der Bürger/innen konkret benannt werden und das Leitbild der Bedürfnisorientierung dahingehend vorkommen, dass individuelle alternative Lösungen ermöglicht werden (gerade in Bezug auf die Abwasserentsorgung). "Identifizierung von Hemmnissen fachtechnischer Regelwerke hinsichtlich der Nutzung einfacher Technologien, ..." suggeriert da wenig Offenheit.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-220	Tisch 6		Vorsorgende Wasserwirtschaft: Die Schadstoffe müssen an der Quelle beseitigt oder vermieden werden. Der Kreislauf beginnt mit der Einleitung des Wassers. Es darf nicht erst am Ende z.B. über die Trennung der Stoffe usw. gesprochen werden. Dieser Punkt kann unter „Gewässerzustand“ und unter „Hohe Qualität“ ergänzt werden.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-221	Tisch 6		Klärschlammverwaltung und -nutzung sollte im Zuge von Öffnungsmöglichkeiten weiterverfolgt werden und es sollten keine pauschalen Regeln festgelegt werden, die den flexiblen Umgang mit Klärschlamm blockieren lassen (Bsp. Koalitionsvertrag).
DV-222	Tisch 6		Klimaverträglichkeit der Siedlungswasserwirtschaft bei Starkregenereignissen: Es sollte ein Konzept entwickelt werden, wie man Systeme ertüchtigt, die bei Starkregenereignissen eine Trennung vorsehen. Bei Rückbauabsichten kann man gleich beachten, wie dies als Puffer für die Einspeisung bei Starkregen genutzt werden kann.
DV-223	Tisch 6		Vorranggebiete für die Trinkwassergewinnung sichern nachhaltig die Trinkwasserversorgung.
DV-224	Tisch 6		Nicht nur einzelne Themen anschauen, sondern ganzheitlich betrachten. Hier kann man sich den Ansatz des parallel stattfindenden Leitbildprozess anschauen. Unter dem Stichwort Partizipation sollten die Themen wie Struktur, Rechtliches usw. gemeinsam diskutiert werden. In der Landesnachhaltigkeitsstrategie sollte ein Verweis erfolgen: Ist das Thema Nachhaltigkeit genug beachtet?
DV-225	Tisch 6		Konkretisierung der Abrechenbarkeit: Wie werden die Indikatoren in der Endfassung berücksichtigt und wie sieht es mit der konkreten Umsetzung aus? Es sollte eine klare Nachhaltigkeitsprüfung und ein kohärentes Monitoringsystem eingebaut werden. Wie sieht der Prozess dorthin aus?
DV-226	Tisch 6		Wie können Austausch und Vernetzung mit anderen Weltregionen stattfinden, um für z.B. den Umgang mit Starkregenereignissen Anregungen zu bekommen?
DV-227	Tisch 6		Es sollte anstelle von „Klärschlammnutzung“ von „Klärschlammverwertung“ gesprochen werden.

4.3 Handlungsfeld 3: Gesundheitliche Versorgung

4.3.1 Ziele

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-164	Rumpke, Dr., Christian A.	Verbraucherzentrale Brandenburg e.V.	Statt letzter Anstrich - Ausbau der Patientenrechte - besser: Ausbau der Rechte von Patienten bzw. Pflegebedürftigen oder deren Angehöriger
OK-516	Land Brandenburg e.V., Frauenpolitischer Rat	Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.	Für eine geschlechtersensible Nachhaltigkeitsstrategie muss als Handlungsbereich das Thema Gender und Gesundheit aufgenommen werden. Die unterschiedlichen Bedürfnisse und Ausgangssituationen von Männern und Frauen müssen in der Planung, Finanzierung und Erbringung gesundheitsbezogener und medizinischer Dienste berücksichtigt und in allen Gesundheitsberufen der Blick für eine notwendige Geschlechterdifferenzierung bei Diagnose, Behandlung und Therapie geschärft werden. Auch die Bekämpfung und Prävention von Gewalt an Frauen und Kinder muss in die gesundheitspolitischen Herausforderungen aufgenommen werden. Hier wäre eine Verknüpfung mit dem Aktionsplan der Landesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder sinnvoll.
OK-515	Land Brandenburg e.V., Frauenpolitischer Rat	Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.	Geschlechtergerechte Sprache: Ärzt/innen, Bürger/innen (wahlweise auch mit Binnen-I, Unterstrich oder Asterisk).
OK-537	Zander, Hubert	AOK Nordost	Die Ziele unter dem Titel „Gute Arbeit - Fachkräftesicherung und Stärkung der Humanreserven“ sind aus fachlicher und strategischer Sicht von der AOK Nordost zu unterstützen. Darüberhinaus sind die Ziele und Maßnahmen unter dem Titel „Gesundheitliche Versorgung“ die bereits schon in der Vergangenheit durch die KVBB, IGiB und der AOK Nordost initiiert wurden, wie zum Beispiel das Projekt „AGNES“, oder die Sicherstellung der ärztliche Versorgung in strukturschwachen Gebieten, von uns positiv bewertet und sollen auch weiter mit unserer Unterstützung intensiviert werden.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-228	Tisch 7		In Dörfern müssen andere Ansätze verfolgt werden als in der Stadt. Teilweise können Infrastrukturen nicht vorgehalten werden. Maßstäbe aus der Stadt können nicht auf den ländlichen Raum angewendet werden.
DV-229	Tisch 7		Der NHB hat in seinem Eckpunktepapier eingefordert, das nicht ausgehend von der städtischen Infrastruktur her gedacht werden darf, sondern von den Bedürfnissen vor Ort. Dieser Perspektivwechsel wurde nicht in die Landesnachhaltigkeitsstrategie aufgenommen.
DV-230	Tisch 7		Das Thema Pflege wird in der Landesnachhaltigkeitsstrategie nicht ganzheitlich betrachtet. Bestimmte Fragen bleiben bislang unberücksichtigt: Wie stellen wir uns zukünftig die Pflege von Kranken vor? Wenn die Verwandtschaft weggezogen ist, wie kommt bspw. ein demenzkranker Mensch an seine Versorgung? Kommt die Versorgung zu ihm oder muss er zur Versorgung kommen? Wie geht es dann weiter? Welche Versorgung gibt es vor Ort, gerade im ländlichen Raum?
DV-231	Tisch 7		Es gibt eine massive Beeinflussung der Kinder und Jugendlichen durch die Medien. Es fehlen Zeit und Räume, dass Kinder „frei“ spielen können. Wünschenswert wäre neben dem Versorgungsaspekt auch, die Bedingungen im Vorfeld (Prävention) zu berücksichtigen.

4.3.2 Maßnahmen

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-165	Rumpke, Dr., Christian A.	Verbraucherze ntrale Brandenburg e.V.	Ergänzung des letzten Anstrichs - Festigung der Unabhängigen Patientenberatung in Brandenburg - um: "z.B. durch regelmäßige Veröffentlichung eines 'Patientenmonitor Brandenburg'"
OK-167	Rumpke, Dr., Christian A.	Verbraucherze ntrale Brandenburg e.V.	Ergänzung um einen weiteren Anstrich: "Stärkung der Verbraucherrechte im Kontext Pflege"

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-517	Land Brandenburg e.V., Frauenpolitischer Rat	Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.	Geschlechtergerechte Sprache: Ärzt/innen, Mediziner/innen, Patient/innen (wahlweise auch mit Binnen-I, Unterstrich oder Asterisk).
OK-538	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Krankenhausversorgung Die Ziele und Maßnahmen, die die Krankenhausversorgung betreffen, bildet keine klare Nachhaltigkeitsstrategie ab, da die gegenwärtige Krankenhausstruktur strukturell festzementiert wird. Das hat unserer Meinung nach folgende Probleme, die in der Strategie nachgearbeitet werden müssen:
OK-539	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Investitionsfinanzierung/Pauschalen: Die Verteilung von Investitionsmitteln durch Pauschalen ist immer nur so gut, wie die Summe der Investitionsmittel hoch ist. Da ein wesentlicher Teil (25- 30%) der bei weitem nicht aus-reichenden Brandenburger Investitionsmittel noch durch die Krankenkassen gezahlt wird (Artikel 14 GSG), diese Finanzierung allerdings Ende 2014 entfällt, dürfte dies in Kombination mit den abnehmenden Fallzahlen im sich entvölkernden Land zu enormen Liquiditätsproblemen in vielen Krankenhäusern führen. Daher ist es wichtig, dieser Situation schon prophylaktisch mit einer intelligenten Konsolidierungsstrategie der stationären Versorgung in Brandenburg zu begegnen, die sukzessive verknüpft wird mit den Gegebenheiten in der ambulanten Versorgung.
OK-540	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Krankenhaus - Versorgungsstruktur: Auch wenn aus politischen Gründen nachvollziehbar ist, eine wohnortnahe stationäre Versorgung mit sämtlichen Möglichkeiten der Medizin für alle Menschen zu gewährleisten, ist die Tragfähigkeit mittel- bis langfristig in Frage zu stellen. Einerseits ist aus finanziellen Gründen zu beachten, dass für die Aufrechterhaltung dieser Angebote auch eine hinreichende Fallzahl vorhanden sein muss, die aber mit abnehmender Bevölkerung um die relevanten Krankenhäuser herum nicht erbringbar sein wird. Andererseits sollte auch aus rein qualitativen Aspekten von einer

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			Vorhaltung eines großen Leistungsspektrums abgesehen werden, da den dann dort tätigen Ärzten durch die geringen Fallzahlen die notwendige Routine fehlen wird, um eine gleichbleibe
OK-541	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Krankenhaus - Versorgungsstruktur Teil 2: Brandenburg benötigt ein zügiges Umdenken in der stationären Versorgung. Die jetzt noch vorhandenen Investitionsmittel sollten genutzt werden, die bestehenden Strukturen behutsam der Realität anzupassen. Dafür ist es notwendig, über die Umwandlung von bestehenden kleinen Standorten in wesentlich kleinere interdisziplinär arbeitende oder hybride (ambulant und stationär) Einheiten nachzudenken, die dann mit großen Krankenhäusern der Schwerpunktversorgung besonders intensiv kooperieren und so als Portalkliniken fungieren.
OK-542	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Krankenhaus - Versorgungsstruktur Teil 3:Daraus folgt, dass auch in einer vom Land forcierten Rahmenplanung nicht mehr jedes Krankenhaus (z. B. im Rahmen der Inneren Medizin) alles machen darf, was es möchte, sondern dass eine sinnvolle Konzentration (z. B. in der Kardiologie) auf wenige Krankenhäuser erfolgen muss. Das Land Brandenburg und voran das Ministerium für Umwelt, Gesund-heit und Verbraucherschutz ist in der Pflicht, für die Bevölkerung eine gute medizinische Versorgung zu gewährleisten - ob das mit einer Steigerung der Gesamtbettenzahl funktioniert, ist fraglich.
OK-543	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Krankenhaus - Versorgungsstruktur Teil 4:In Sachsen wird im Gegensatz zu Brandenburg mit dem jüngst verabschiedeten Krankenhausplan trotz ähnlichen demografischen Prognosen die Bettenzahl reduziert und die kardiologische Versorgung, weitere Spezialfächer und die Behandlung der neurologischen Frührehabilitation der Phase B auf wesentlich weniger Krankenhäuser konzentriert. Das ist der richtige Weg, um vor dem Hintergrund sinkender Bevölkerungszahlen und Haushaltsmittel weiterhin eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu gewährleisten. Um aber keine leeren Flecken auf der Versorgungslandkarte entstehen zu lassen, ist es wichtig, die kleinen Krankenhäuser, die den Herausforderungen der Zukunft absehbar nicht gewachsen sein werden, eine andere Struktur zu geben,
OK-544	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Medizinische Versorgung und Pflege Die vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen sind insbesondere in den Bereichen medizinische Versorgung und Pflege mit Blick auf die Neugestaltung von Prozessen und Organisationsstrukturen und im Hinblick auf die Finanzierbarkeit und Zurverfügungstellung von Leis-tungen angesichts des demographischen Wandels insbesondere für die Regionen Prignitz, Uckermark und die Lausitz zwingend erforderlich. In diesem Zusammenhang sollten Anreizsysteme für junges medizinisches Fachpersonal über die bestehenden Angebote hinaus geschaffen werden.

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-545	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Pflege: Im Entwurf wird ausdrücklich die Konzentration auf u. a. Mobilität und Gesundheitsversorgung herausgestellt und betont, dass diese Bereiche der Daseinsvorsorge finanziell aufwändige und langlebige Infrastrukturen erfordern. Auf Grund der im Entwurf vorgegebenen Priorisierung soll u. a. die ganzheitliche Betreuung und Pflege Älterer und die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf vorerst nicht vertieft behandelt werden. Es gibt einen untrennbaren Zusammenhang folgender Faktoren: Abwanderung junger Erwerbstätiger außerhalb des Berliner Speckgürtels, steigender Lebenserwartung, wachsenden Risikos von Demenz, verstärkter Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen und steigenden Anforderungen an die Mobilität, und zwar sowohl bei Patienten als auch bei Anbietern.
OK-546	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Pflege Teil 2: Die Doppelbelastung pflegender Angehöriger ist ein ernstzunehmendes Problem, jedenfalls so es pflegende Angehörige gibt. Insbesondere die Brandenburger Fachkräftestudie befasst sich teils auch mit dem Komplex des ländlichen Raumes, und der Landespflegeausschuss hat sich das Thema als eines von zweien für das nächste Jahr vorgenommen. Die Priorität dieses Themas muss demnach verändert werden.
OK-547	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Handlungsfeld „Gesundheitliche Versorgung“ mit Verbindung zur Pflege: Die Maßnahmen sollten noch um die sog. Gemeindegewerke ergänzt werden. Dieses Modell soll außerhalb der bestehenden und weiter zu entwickelnden AgnES-Konzepte und Förderung von Arztansiedlungen an ein in früheren Jahrzehnten bewährtes Modell anknüpfen und solche Personen erreichen, die zwar noch nicht pflegebedürftig im Sinne des SGB XI und/oder XII sind, sich aber bereits in einer Vorstufe der Hilfebedürftigkeit befinden könnten und durch keine Sozialleistung erreicht werden.
OK-548	Zander, Hubert	AOK Nordost	AOK Nordost - Handlungsfeld "Gesundheitliche Versorgung" mit Verbindung zur Pflege Teil 2: Als weitere Maßnahmen werden gemeinschaftliche, generationenübergreifende Wohnformen als unterstützungswürdig beschrieben. Die AOK Nordost stellt die Frage, was damit gemeint ist. Mehrgenerationenhäuser? Im ländlichen Bereich, wo eher Abwanderung von Erwerbstätigen zu beobachten ist? Oder Alten- und Dementen-WGs ohne jede Qualitätskontrolle nach dem Brandenburgischen Pflege- und Betreuungswohngesetz? Diese Vorschläge sind nach Auffassung der AOK Nordost zu präzisieren und zum Beispiel im Zusammenhang mit der Brandenburger Fachkräftestudie Pflege genauer zu untersuchen.
OK-971	Andreas Ziemer		In Stichpunkten Hinweise zum Thema "Urbane Lebensqualität durch regionale Vielfalt". Hier einige Beispiele für Krankheitsbilder, die durch Gestaltungsmaßnahmen bei der Grünflächengestaltung adressieren werden können: Herz-Kreislaufkrankungen Ursachen: Lärm, Mikroklima (Temperatur in den Sommermonaten)

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			<p>Maßnahmen: mehr Grün, Vermeidung von Versiegelungen</p> <p>Atemwegserkrankungen</p> <p>Ursache: Luftschadstoffe (Feinstaub)</p> <p>Maßnahme: mehr Grün</p> <p>Nature Deficit Disorder (ADHS, Depressionen und Adipositas)</p> <p>Ursachen: Fehlen von Natur im urbanen Bereich, genetische Disposition</p> <p>Umsetzung: urbane Wildnis, Verwendung von natürlichen Strukturen bei der Gestaltung von Grünflächen (Vermeidung anthropogener Fußabdrücke), Erlebbarkeit von Natur</p>

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-232	Tisch 7		Themen wie Kindheit und Gesundheit sollten stärker verknüpft werden. Kinder haben heute beispielsweise lange Schulwege und bewegen sich zu wenig. Es wird zu oft eindimensional gedacht, anstatt themenübergreifend über sinnvolle Präventivmaßnahmen für eine langfristige Gesundheit der Menschen zu sprechen.
DV-233	Tisch 7		Die notwendige Anpassung des Zulassungssystems für Ärzte muss in die Landesnachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden. Die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit für Ärzte wäre wichtig, um ländliche Räume auch abzudecken. Ist der Bedarf in der Stadt gedeckt, sollte es keine weiteren Zulassungen für Ärzte geben.
DV-234	Tisch 7		Eine Umstrukturierung von Krankenhäusern in strukturschwachen Regionen sollte mit dem Ziel verfolgt werden, die Versorgung zu verbessern. Die Verknüpfung von Krankenhäusern mit medizinischen Versorgungszentren im ländlichen Raum sollte aufgenommen werden.
DV-235	Tisch 7		Es ist zu prüfen, welche Kompetenzen das Land hat, um mehr im Bereich der Gesundheitsversorgung zu gestalten.
DV-236	Tisch 7		Kann das Land festgelegte Standards bezüglich der fachlichen Qualifikation von medizinischem Personal flexibilisieren: (gemäß dem in England erfolgreichen Konzept von Community Medicine). Können beispielsweise Krankenschwestern Aufgaben von Ärzten übernehmen?

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-237	Tisch 7		Der NHB hatte den Vorschlag, Umfragen nach dem Bedürfnis nach Gesundheitsversorgung in der jeweiligen Region vorzunehmen. Nur so können Ziele benannt werden und Maßnahmen abgeleitet werden. Erst auf Basis der Erkenntnis aus der empirischen Untersuchung können die richtigen Maßnahmen abgeleitet werden. Varianten der medizinischen Versorgung sollten im Dialog mit den Bürgern vor Ort diskutiert werden. So wird eine optimale Gesundheitsversorgung erreicht.
DV-238	Tisch 7		Das AgnES-Konzept wurde bereits gut angenommen und läuft sehr gut. Beispielsweise gibt es Schulungen für Krankenschwestern. Daher müsste der Punkt in der Landesnachhaltigkeitsstrategie nicht mehr auftauchen.
DV-239	Tisch 7		An den traditionellen Krankenhauskonzepten des Landes wird in der Landesnachhaltigkeitsstrategie festgehalten. Die Belegungsquoten sind in einigen Regionen allerdings zu niedrig, um die Krankenhäuser wirtschaftlich zu betreiben. Eine Umstrukturierung ist nötig, medizinische Versorgungszentren (Fachsparten wie Onkologie zentralisieren) bieten sich an. Aktuell werden Ressourcen vorgehalten, die nicht genutzt werden, da die Bevölkerung vor Ort fehlt.
DV-240	Tisch 7		Die angegebenen Maßnahmen zeigen die landesbezogenen Steuerungsmöglichkeiten sehr schön.
DV-241	Tisch 7		Die Verträglichkeit zwischen der Ausgangssituation, dem Handlungsbedarf und den Maßnahmen sollte in der Landesnachhaltigkeitsstrategie geprüft werden. Sind Maßnahmen in ausreichendem Maße vorhanden, um die vorher definierten Ziele zu erreichen?
DV-242	Tisch 7		Gesundheit ist zur Ware geworden. Die Gesundheitspolitik wurde Verwertungsinteressen geopfert. Bestimmte Entwicklungen in den Krankenhäusern sind allein durch wirtschaftliche Interessen gesteuert. Es muss ein Mittelweg zwischen ökonomischen Aspekten und den Bedürfnissen der Menschen gefunden werden.

4.4 Handlungsfeld 4: Sozialer Zusammenhalt

4.4.1 Ziele

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-182	Wehse, Heike		Die getroffene Zielstellung (Ältere Menschen) greift m. E. zu kurz. Der Demografiewandel beruht auch auf der gestiegenen Lebenserwartung der Menschen bei einem i.d.R. besseren Gesundheitszustand. Im Sinne einer Win-Win-Situation gilt es, dieses Potenzial gesellschaftlich zu nutzen. Zusätzlich zu dem bereits genannten sollten Ältere zur – bisher so noch nicht immer üblichen - Übernahme entsprechender Aufgaben ermuntert werden. Davon profitiert die Gemeinschaft ebenso wie der Einzelne. Die weitere aktive Einbindung in das gesellschaftliche Leben, entsprechende Erfolge und Anerkennung können die Lebensqualität älterer Menschen entscheidend erhöhen und damit zum Erhalt ihrer geistigen und körperlichen Kräfte beitragen. Im Absatz 4.4.2 Maßnahmen sollten entspr. Vorhaben ausgewiesen werden.
OK-251	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsbeirat	Der NHB begrüßt, dass der Entwurf einen weiteren, vierten Handlungsfeld „Sozialer Zusammenhalt“ vorsieht. In den vorausgegangenen Abschnitten dieses Kapitels wird immer nur von drei Handlungsfeldern gesprochen, das vierte wirkt daher etwas unverhofft und nachgetragen. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, dass hier, anders als bei den voran gegangenen Handlungsfeldern nur einige Ziele und sogleich die Maßnahmen beschrieben werden.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-243	Tisch 7		Es besteht eine große Diskrepanz. Einerseits überaltert die Gesellschaft (neue Altenheime müssen gebaut werden), andererseits ist die Generationengerechtigkeit zu gewährleisten. Wie gelingt es, ältere Menschen so aktiv zu erhalten, dass sie als aktive Teile der Gesellschaft lange zur Verfügung stehen. Sie müssen „ermuntert“ werden.
DV-245	Tisch 7		Partizipation im Ehrenamt kommt in der Landesnachhaltigkeitsstrategie zu kurz. Den Vereinen in Brandenburg fehlen viele Mitglieder. Die Organisationsstrukturen können teilweise nicht ausreichend beibehalten werden. Für innovative Konzepte zur Mobilisierung älterer Menschen werden die Organisationsstrukturen aber benötigt. Diese kostet Geld. Im ländlichen Raum ist das Problem gravierend.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-246	Tisch 7		Die Dienstleistungsfunktion von Verwaltung wird immer schlechter. Dies liegt daran, dass Förderrichtlinien durch Bürokratie völlig überzogen werden.
DV-247	Tisch 7		Die Stärkung des Ehrenamts ist zwingend nötig. Es sollte darüber nachgedacht werden, wie die Stärkung aussehen kann (finanziell, Anerkennung, Infrastruktur, Einbeziehung). Ein Ehrenamt verdient Respekt.
DV-248	Tisch 7		Sozialer Zusammenhalt ist die Voraussetzung für eine gute gesundheitliche Versorgung. Der Mensch ist ein Gemeinschaftstier. Wenn ihm die Gemeinschaft fehlt, wird er krank.

4.4.2 Maßnahmen

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-166	Rumpke, Dr., Christian A.	Verbraucherze ntrale Brandenburg e.V.	Ergänzung einer weiteren Maßnahme: "Untersuchung, in welchen Strukturen zivilgesellschaftliches Engagement, z.B. der Verbraucherschutz, im ländlichen Raum künftig organisiert sein sollte"
OK-231	Piek, Marion	Brandenburg 21 e.V.	<p>Diese Maßnahmen kommen zwar etwas sperrig daher, doch sind sie hinsichtlich der Gestaltung von Lebensqualität nicht hoch genug zu schätzen. Dabei sollte tatsächlich die Stadt-Land-Kommunikation und die innergemeindliche Kommunikation nicht konkurrierend sondern als gleichbedeutend betrachtet werden. (Teil 1)</p> <p>Zum Vorschlag von Dr. Rumpke würde ich bemerken, dass nicht unbedingt weitere Untersuchungen nötig sind, sondern schlicht Strukturen/Angebote in den Regionen, die bürgerschaftliches Engagement in seiner Vielfalt an Themen und Ausgestaltung stärken können. Nachhaltigkeitsnetze wären ein Weg. Hierfür sind unbedingt in der neuen EU-Förderperiode Mittel aus den Fonds sowie Lottomittel zur Verfügung zu stellen. Letztlich sind funktionierende Orte auch für Investoren und Touristiker attraktiver. (Teil 2)</p>
OK-246	Körmer, Grit		Unterstützung von Nachhaltigkeitsnetzwerken: Hier wäre es m.E. sehr wichtig, auf bestehenden Netzwerken aufzubauen bzw. den Nachhaltigkeitsgedanken hier einzubringen. Ich blicke hier vor allem auf die Lokalen Aktionsgruppen (LAGen) im Land, die ihre Regionalen Entwicklungsstrategien im Bottum-Up Prozess entwickeln und umsetzen. Wollen wir uns im ländlichen Raum langfristig gut aufstellen, so sollten wir hier Initiativen stärker bündeln und auf gemeinsame Ziele ausrichten.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-249	Tisch 7		Das Thema Energie könnte ein Ansatzpunkt sein, um die Zusammenarbeit und das Miteinander zu fördern. Gemeinnützige Genossenschaftsmodelle sind gute Ansätze.
DV-250	Tisch 7		Wiederbelebung der Ortszentren ist der Dreh- und Angelpunkt. Ein Ort für die Mindestversorgung und für den Zusammenhalt muss geschaffen werden. Das Land muss eine Vorbildfunktion ausüben. Das Land muss verstärkt in die Pflicht genommen werden.
DV-261	Tisch 7		Viele soziale Treffpunkte wie Kinos, Supermärkte sind im ländlichen Raum verschwunden. Gibt es nicht Möglichkeiten, diese unter Mithilfe des Landes zu reaktivieren? Eine kommunale Gemeinschaft lebt aber gerade von diesen Räumen.
DV-257	Tisch 7		Kultur kommt im ländlichen Raum oft zu kurz. Gibt es von Seiten der Landesregierung nicht auch Möglichkeiten, Kultur wiederzubeleben? Rädicke in Fläming hat beispielsweise eine Bücherei in einer Kneipe. Es bedarf innovativer Konzepte.
DV-251	Tisch 7		Eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung neuer Medien sollte Voraussetzung für mögliche Maßnahmen sein. Besteht vor Ort kein Bedarf, ist dies nicht der richtige Weg.
DV-252	Tisch 7		Die Maßnahme „Unterstützung von Nachhaltigkeitsnetzwerken“ ist ganz zentral, diese Netzwerke gilt es zu befähigen.
DV-253	Tisch 7		Die Maßnahmen greifen zu kurz und sind zu schwammig formuliert. Was steckt hinter der „Verknüpfung des städtischen und ländlichen Raums“?
DV-262	Tisch 7		Die Maßnahmen sind in diesem Abschnitt eher Ziele.
DV-254	Tisch 7		Beispielkommune für sozialen Zusammenhalt: Atterwasch
DV-255	Tisch 7		Den Menschen in den Dörfern muss der Rücken gestärkt werden, Projekte wie sie das energieautarke Dorf Feldheim umgesetzt hat, realisieren zu können. Feldheim hat damit viel Aufmerksamkeit erhalten.
DV-256	Tisch 7		Pritzwalk als größte Flächengemeinde hat einen Gemeindebus, ein fahrendes Bürgerbüro. Dort kann allen relevanten Verwaltungsaufgaben nachgegangen werden. So können auch Bürger in ländlichen Gebieten gut erreicht werden. Wie kann dies flächendeckend erreicht werden?

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-258	Tisch 7		Es gibt schon Dorfbewegungen in Brandenburg (bspw. der Tag der Dörfer). Daran sollte angeknüpft werden.
DV-259	Tisch 7		Ziele und Maßnahmen zum sozialen Zusammenhalt können nicht ohne Berücksichtigung der Arbeitswelt definiert werden. Dies ist in der Landesnachhaltigkeitsstrategie zu schwammig. Die Querverbindung zur Arbeitswelt fehlt völlig.
DV-260	Tisch 7		Die Gemeindegebietsreform entmachtet die kleinen Gemeinden. Die nächste Strukturreform steht auch wieder an. Wenn die Leute aber in einer Gemeinde mitbestimmen sollen, müssen auch die Bedingungen geschaffen werden. Bei vielen kommt hier ein „Gefühl der Entmündigung“ auf.